



Unser Münster

Starke Heimat



Informationsblatt des CDU-Gemeindeverbands Münster, Altheim, Breitefeld

Bürgerentscheid zur Lärmschutzwand kommt

- Entscheidung am 15. März 2026



In der Sitzung der Gemeindevertretung am 27. Oktober 2025 wurde dem Bürgerbegehren zur geplanten Lärmschutzwand entlang der Bahnlinie stattgegeben. Damit können die Bürgerinnen und Bürger am 15. März 2026 selbst darüber entscheiden, ob der bestehende Beschluss zum Bau der Wand bestehen bleibt oder aufgehoben wird. Für CDU und Bürgerinitiative ist dies ein wichtiger Schritt, um die Entscheidung auf eine breite und transparente Grundlage zu stellen.

Für Irritation sorgt, dass die drei weiteren in der Gemeindevertretung vertretenen Parteien ihre Haltung zum Bürgerbegehren im Laufe des Jahres deutlich verändert haben. Während Vertreter dieser Fraktionen das Anliegen im Frühjahr noch kritisch sahen, unterstützen sie es nun nachdrücklich. Diese Kehrtwende wurde in der Sitzung der Gemeindevertretung aufmerksam beobachtet und von vielen mit Verwunderung aufgenommen.

Unverändert gilt, dass die Unterschriftenlisten der betroffenen Anwohner – von denen sich über 90 Prozent gegen die Lärmschutzwand ausgesprochen haben – bislang nur von der CDU ausreichend berücksichtigt wurden. Auch zwei CDU-Anträge, die sowohl die Anliegen der Anwohner als auch die stärkere Lärmbelastung an der B26 in den Blick nahmen, fanden keine Mehrheit. Stattdessen hielt die Münsterer Ampel am ursprünglichen Beschluss fest, was viele als Widerspruch zum klar geäußerten Bürgerwillen empfanden.

Dass die drei Fraktionen den Bürgerentscheid nun befürworten, ist ein begrüßenswerter Schritt. Dennoch wäre es aus Sicht vieler Bürgerinnen und Bürger wünschenswert gewesen, wenn ihre Anliegen bereits früher in den Entscheidungsprozess eingeflossen wären. Erst das erfolgreiche Bürgerbegehren machte den nun anstehenden Entscheid möglich.

Auch Vorwürfe, die Initiative oder die CDU hätten im Rahmen der Unterschriftensammlung unsachgemäß agiert, tragen nicht zu einer konstruktiven Diskussion bei. Engagement aus der Mitte der Bevölkerung verdient Respekt – unabhängig politischer Mehrheitsverhältnisse.

Am 15. März 2026 liegt die Entscheidung nun bei den Menschen vor Ort. Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie wichtig das Thema vielen ist. Der Bürger-

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

herzlich willkommen zur neuen Ausgabe unserer CDU-Zeitung! In den vergangenen Jahren haben wir als CDU viele Themen in unserer Gemeinde mitgestaltet – oft sichtbar, manchmal im Hintergrund, aber stets mit dem Ziel, unsere Heimat Schritt für Schritt voranzubringen.

Wir blicken zurück auf Projekte, die wir erfolgreich angestoßen oder umgesetzt haben – von Infrastruktur über Familien- und Vereinsförderung bis hin zu Maßnahmen für ein starkes, lebenswertes Miteinander. Ebenso greifen wir die Themen auf, die unsere Gemeinde in den letzten Jahren besonders bewegt und geprägt haben.

Gleichzeitig zeigen wir, welche Weichen wir für die kommenden Jahre bereits gestellt haben und welche Ideen wir weiterverfolgen möchten. Diese Zeitung soll Ihnen einen ehrlichen Überblick geben: Was wurde erreicht? Was wurde verbessert? Und wo packen wir als Nächstes an? Denn Politik lebt davon, Entwicklungen sichtbar zu machen.

Vielen Dank für Ihr Interesse – und viel Freude beim Lesen!

Ihre CDU Münster

entscheid bietet die Chance auf eine klar legitimierte Entscheidung und stärkt zugleich die Bedeutung aktiver Bürgerbeteiligung. Unabhängig vom Ausgang wird das Ergebnis die künftigen politischen Weichenstellungen in unserer Gemeinde maßgeblich prägen.



Örtliche Vereine stärken

- CDU Antrag lässt Gebühren entfallen



Örtliche Vereine sind ein zentraler Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens. Sie bieten Raum für Begegnung, fördern den Zusammenhalt und schaffen Angebote für alle Generationen. Ob Sport, Musik, Kultur oder Tradition – unsere Vereine prägen das Miteinander und machen unsere Gemeinde lebendig.

Dieses Engagement lebt vom Ehrenamt. Viele Bürgerinnen und Bürger investieren Zeit, Herzblut und Ideen, um Trainings, Veranstaltungen oder kulturelle Angebote möglich zu machen. Vereine bieten Kindern und Jugendlichen Orientierung, för-

dern Teamgeist und schaffen ein Umfeld, in dem sich jeder einbringen kann.

Um diese wichtige Arbeit weiter zu unterstützen, hat die CDU-Fraktion im März 2022 einen entscheidenden Antrag eingebracht: **Seit dem 1. Januar 2023 sind alle örtlichen Vereine von den Nutzungsgebühren für gemeindliche Liegenschaften befreit.** Es fallen lediglich noch Kosten für Müll, Reinigung und Personal gemäß der Inanspruchnahme an. Das entlastet die Vereine spürbar. Statt Gebühren zu zahlen, können sie ihre Mittel nun direkt in Projekte, Jugendarbeit oder dringend benötigte Anschaffungen investieren.

Mit dieser Maßnahme setzt die CDU ein klares Zeichen: **Ehrenamt darf keine finanziellen Hürden haben.** Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, die das ehrenamtliche Engagement stärken und die Vereinslandschaft zukunftsfähig machen.

Lebendige Vereine bedeuten eine lebendige Gemeinde. Die CDU wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass das Ehrenamt bestmöglich unterstützt wird – für eine starke, engagierte und vielfältige Gemeinschaft.



Der Barfußpfad im Bürgerpark

... ein CDU-Projekt durch und durch

Die Idee dazu, die Einbringung im Parlament und auch die erfolgreiche Umsetzung durch eigenes Sponsoring nach positivem Beschluss im Parlament erfolgte durch die CDU. Und das in recht kurzer Zeit.

Vom Antrag im Mai 2023 bis zur Fertigstellung im Herbst 2023 vergingen nur wenige Monate. Seitdem kann die Anlage von allen Generationen genutzt werden und ist eine Bereicherung des Freizeit-Angebotes im Bürgerpark.

CDU Münster setzt Sicherheitsmaßstäbe

Erfolgreicher KOMPASS-Impuls und klare Initiativen für mehr Sicherheit

Die CDU Münster hat mit ihrem Antrag zum Beitritt in das hessische KOMPASS-Programm den entscheidenden Schritt für eine nachhaltige Stärkung der Sicherheit in der Gemeinde gesetzt. Erst durch diese Initiative wurden die Weichen gestellt, Münster sicherheitspolitisch weiterzuentwickeln und das Sicherheitsbedürfnis unserer Bürger in den Mittelpunkt zu rücken. Die Einrichtung eines Schutzmans vor Ort sowie die umfassende Bürgerbefragung, die erstmals ein klares Bild über die Sorgen und Wünsche der Münsterer lieferte, gehen unmittelbar auf diesen CDU-Anstoß zurück.

Bei der ersten Sicherheitskonferenz zeigte sich, wie wichtig dieser Weg ist: Die Bürger bewerten Münster grundsätzlich als sichere Gemeinde, benennen jedoch

klar Bereiche, in denen Verbesserungsbedarf besteht. Dazu zählen u.a. schlecht beleuchtete Wege, städtebauliche Engstellen sowie Orte, an denen Anwohner verstärkt unerwünschte Aktivitäten wahrnehmen. Besonders häufig wurden der Friedhofsbereich, der Bürgerpark, der Bahnhof und der Abtenauer Platz genannt. Auch der Umgang mit wildem Müll beschäftigt viele Einwohner. Die CDU hat daher vorgeschlagen, rechtssichere Möglichkeiten einer Videoüberwachung zu prüfen, um Müllsündern wirksam entgegenzutreten.

Ebenso forderte die CDU, die rund 100 derzeit nachts abgeschalteten Straßenleuchten dauerhaft einzuschalten, um Angsträume zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl spürbar zu erhöhen. Die zu-

sätzliche Stromkosten von lediglich 2.000 Euro pro Jahr zzgl. einmaliger Kosten von ca. 7000,- € wären aus Sicht der CDU eine sinnvolle und verhältnismäßige Investition in mehr Sicherheit gewesen.

Bedauerlicherweise haben SPD, ALMA - Die Grünen und FDP auch diese beiden Anträge gemeinschaftlich abgelehnt, obwohl die Notwendigkeit klar aus der Bürgerbefragung hervorgeht.

Trotz dieser Blockade setzt die CDU ihren Kurs fort: Auf Grundlage der KOMPASS-Ergebnisse werden weiterhin Maßnahmen angestoßen, die gezielt auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen. Die abgelehnten Anträge werden wir nach der Kommunalwahl erneut stellen und hoffen mit anderen Mehrheitsverhältnissen für mehr Sicherheit sorgen zu können.



CDU Münster im Recht - Fehlentscheidung kostet Gemeinde 100.000 Euro

Das umstrittene Verfahren zur Neukalkulation der Abwassergebühren ist beendet. In der Sitzung der Gemeindevertretung am 30. Juni 2025 wurde beschlossen, das Projekt zu stoppen und sämtliche Drohnenaufnahmen zu löschen. Für die Gemeinde Münster bleibt ein Schaden von rund 100.000 Euro – ein Schaden, der vermeidbar gewesen wäre.

Ausgangspunkt des Projekts war der Plan des Bürgermeisters und des Gemeindevorstands, die versiegelten Flächen aller Grundstücke neu zu vermessen, um die Abwassergebühren anzupassen. Obwohl die gesplittete Abwassergebühr seit vielen Jahren funktioniert und jeder Grundstückseigentümer zur Meldung von Flächenänderungen verpflichtet ist, ging der Gemeindevorstand davon aus, dass dieser Pflicht nicht ausreichend nachgekommen werde. Daher wurden hochauflösende Drohnenaufnahmen sämtlicher privater Grundstücke veranlasst.

Die CDU warnte früh vor hohen Kosten, vor rechtlichen Risiken und davor, die Bürger unter kollektiven Verdacht zu stellen. Dennoch stimmte sie der Fortführung zunächst zu, da bereits Mittel verausgabt waren und keine juristischen Einwände vorlagen. Als jedoch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof vergleichbare Drohnenaufnahmen untersagte, war klar: dieses Verfahren ist höchst problematisch.

Darauf reagierte die Münsterer CDU konsequent und stellte im September 2024 den Antrag, das Verfahren sofort zu stoppen und die Aufnahmen zu löschen. Der Schaden hätte zu diesem Zeitpunkt bei rund 30.000 Euro gelegen. Doch SPD,



Drohne: freepik.com/Yehor Deineka | Justitia: freepik.com

ALMA - Die Grünen und FDP lehnten den Antrag ab – und griffen stattdessen die CDU scharf an. Warnungen wurden ignoriert, Bedenken abgetan.

Erst als der Hessische Städte- und Gemeindebund bestätigte, dass die Drohnenbefliegung ohne datenschutzrechtliche Grundlage erfolgte und die Aufnahmen so nicht hätten entstehen dürfen, wurde das gesamte Ausmaß sichtbar. Trotz dieser klaren Einschätzung stimmten SPD und ALMA - Die Grünen gegen das endgültige Ende des Verfahrens – und hielten damit bis zu-

letzt an einem rechtswidrigen und teuren Vorgehen fest. Am Ende stimmten CDU und FDP gemeinsam für den Stopp, sodass das Verfahren nun beendet ist und alle Aufnahmen gelöscht werden.

Fakt ist: Hätten SPD, ALMA - Die Grünen und FDP im September 2024 der CDU zugestimmt, wäre der Schaden um 70.000 Euro geringer ausgefallen. Die politische Verantwortung für die entstandenen 100.000 Euro ist damit eindeutig zuzuordnen. Zu tragen haben diesen Schaden unsere Bürger – und zwar über die Abwassergebühr.

Die CDU-Bilanz: Zahlen, die für sich sprechen

Mit 16 von 37 Sitzen ist die CDU die stärkste Kraft in der Münsterer Gemeindevertretung – und das zu Recht. Unsere 43,2 Prozent der Sitze spiegeln unsere Aktivitäten wider: 51 von insgesamt 111 in der Gemeindevertretung seit April 2021 beratenen Anträgen stammen aus der Feder der CDU-Fraktion. Das sind fast 46 Prozent aller Initiativen in der Gemeinde.

Besonders beeindruckend ist unsere Erfolgsquote: 28 unserer Anträge sind bereits erfolgreich abgeschlossen – mehr als jede andere Fraktion geschafft hat. Weitere 13 Projekte befinden sich in der Umsetzung. Das bedeutet: Über 80 Prozent unserer Ideen werden Realität.

Diese Zahlen zeigen: Die CDU bringt nicht nur die meisten Ideen ein, sondern setzt sie auch um. Wir sind die Fraktion, die Münster voranbringt – mit konkreten Projekten statt leeren Versprechen. Von der Hundewiese über den neuen Bolzplatz und die Gebührenbefreiung für Vereine bis zum Sicherheitsprogramm: Wenn die CDU einen Antrag stellt, dann wird er Realität.

Das ist Gestaltungskraft - das ist CDU-Politik für Münster.

Impressum

**CDU Gemeindeverband
Münster, Altheim, Breitefeld
Max-Planck-Str. 32, 64839 Münster
www.cdumuenster.de**



Erfolgreiche CDU-Anträge im Überblick

1. Familien, Bildung & Betreuung

- Wahlfreiheit bei der Vergabe von Kita-Plätzen
- Weitere naturnahe Kita-Gruppe am Werlacher Weg
- Beschluss zum Neubau Kita St. Michael
- Finanzielle Unterstützung Pakt für den Nachmittag Grundschule in Altheim
- Sichere Schulwege in Altheim

2. Lebensqualität & Soziales

- Skulptur „Sternenkinder“ auf dem Münsterer Friedhof
- Erinnerungstafelchen auf beiden Friedhöfen
- Unterlassen gendergerechter Sprache
- Barfußpfad Bürgerpark
- Mitfahrbank in Altheim
- Arbeitspflicht für Geflüchtete

3. Infrastruktur, Verkehr & Sicherheit

- Stärkere Gerechtigkeit der Stellplatzsatzung
- Fließender und ruhender Verkehr in der Altheimer Kirchstraße (L3095) – Querungshilfen und lokales Tempo 30
- Teilnahme am KOMPASS-Programm
- Umwidmung Frankenbachgelände zu Gewerbegebiet und Erschließung



4. Freizeit, Sport & Begegnung

- Neuer Bolzplatz hinter der Schule auf der Aue
- Hundespielwiese am Altheimer Bahnhof

5. Umwelt & Gemeindeservice

- Optimierung der Pflege gemeindlicher Grünflächen
- Wegeverbesserung insbes. für Menschen mit Behinderung, Kinderwagen und Rollatoren im Bürgerpark

6. Kommunalpolitik & Gremien

- Einrichtung eines Ortsbeirates in Altheim



Münster ohne Gendersternchen

In Münster ist die Genderfrage bereits seit März 2023 entschieden. Damals setzte sich die CDU in der Gemeindevertretung mit einem Antrag durch, der festlegt, dass die Verwaltung in ihrer gesamten Außerdarstellung keine gendergerechten Sonderformen mehr verwenden darf. Seitdem bleiben Gendersternchen, Doppelpunkte und das Binnen-I in offiziellen Texten außen vor. Orientiert wird sich ausschließlich an den gültigen Rechtschreibregeln, die solche Formen nicht vorsehen.

Die CDU wollte damit vor allem erreichen, dass behördliche Informationen für alle verständlich bleiben und ein einheitlicher Sprachstil gewahrt wird. Aus ihrer Sicht erleichtert die klassische Schreibweise das Lesen und sorgt dafür, dass Mitteilungen klar und ohne zusätzliche Hürden aufgenommen werden können.

Gleichzeitig betonte die Fraktion, dass die Entscheidung nicht gegen Gleichberechtigung gerichtet ist. Vielmehr sollte verhindert werden, dass die Diskussion über Sonderzeichen die Aufmerksamkeit von tatsächlichen gesellschaftlichen Herausforderungen ablenkt, etwa gerechter Bezahlung oder beruflichen Chancen.

Rückenwind bekam der Antrag durch Umfragen, in denen ein Großteil der Bevölkerung gendergerechten Schreibweisen kritisch gegenübersteht. Seit dem erfolgreichen Beschluss hält sich die Gemeinde Münster konsequent an die Vorgabe: In Pressemitteilungen, auf der Webseite und in offiziellen Schreiben wird auf alle Formen des Genderns verzichtet, um eine klare und nachvollziehbare Kommunikation zu gewährleisten.

